



Berlin, 01. November 2012

Fragenkatalog für die Bewerberinnen und Bewerber um die SPD-Direktkandidatur im Bundestagswahlkreis Tempelhof-Schöneberg

Liebe Bewerberinnen und Bewerber,

Ihr habt Euch entschlossen, bei der kommenden Bundestagswahl für die Direktkandidatur der SPD Tempelhof-Schöneberg anzutreten. Für diese Entscheidung zollen wir Euch Respekt. Die direkte Vertretung unseres Bezirkes im Bundestag ist eine verantwortungsvolle Aufgabe und sollte nicht länger in CDU-Händen liegen! Doch vor der eigentlichen Wahl haben zunächst die SPD-Mitglieder unseres Kreises darüber zu entscheiden, wer von Euch die Erststimmen für die SPD gewinnen soll.

Es sind für diese „Vorwahlkampfphase“ diverse Foren geplant, in denen Ihr Rede und Antwort stehen wollt und auch sollt. Wir, die AG Migration und Vielfalt Tempelhof-Schöneberg, haben natürlich auch eine Vorstellung davon, wie unser „Ideal-MdB“ sein sollte. Da wir Euren ohnehin dichten Terminkalender nicht mit noch einem Vorstellungstermin füllen wollten, haben wir uns entschlossen, einen Fragenkatalog auszuarbeiten, um von Euch zu erfahren, welche Standpunkte Ihr in der Migrations- und Integrationspolitik vertretet.

Bei unseren Fragen haben wir uns auf drei Schwerpunkte des SPD-Wahlprogramms, Arbeit, Gesundheit und Bildung/Soziales, konzentriert und noch ein paar „Feinschmeckerthemen“ eingebaut. Diese Form bietet Euch auch die Gelegenheit, detaillierter zu antworten, als dies manchmal in einem öffentlichen Forum "so auf die Schnelle" möglich ist. Eure Antworten sollen dann im Anschluss an die Beantwortung veröffentlicht werden, damit sich die SPD-Mitglieder ein noch besseres Bild von Euch machen und ihre Wahlentscheidung fundiert treffen können.

Mit solidarischen Grüßen

Orkan Özdemir für den Vorstand der AG Migration und Vielfalt
der SPD Tempelhof-Schöneberg



Fragen

1. Was heißt für Dich Integration in einer Zuwanderungsgesellschaft?
2. Integration und Vielfalt ist ein Themenfeld, das nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch innerhalb der SPD von Teilen der Mitgliedschaft als Randthema oder mit der Problembrille betrachtet wird. Welche Ideen hast Du, um den Stellenwert des Themenfeldes Integration und Vielfalt innerhalb der SPD aufzuwerten und seine hohe Relevanz, über bloße Wohlfühlrhetorik hinaus, der Mitgliedschaft progressiv zu verdeutlichen und so auch die Skeptiker ins Boot zu holen?
3. Was sind aus Deiner Sicht die zentralen Herausforderungen für die Einwanderungsgesellschaft in Berlin und Deutschland?
4. Wie möchtest Du migrantische Wählerschichten in Tempelhof-Schöneberg erreichen und für die SPD mobilisieren?
5. Was sind für Dich drei Projekte im Feld Integrations-/Migrationspolitik, die eine SPD-geführte Bundesregierung nach einer Machtübernahme zügig umsetzen müsste?
6. Welche integrationspolitischen Inhalte siehst Du für den Fall, dass die SPD in einer nichtprogressiven Koalition regieren muss, als unverhandelbar an?
7. Welche Maßnahmen wären in Deinen Augen geeignet, die Chancengleichheit im Bildungsbereich für Menschen mit Migrationsgeschichte zu erhöhen?
8. Welche Ideen hast Du zum Ausbau der Arbeitsmarktförderung für Zuwanderer und ihre Familien und zur Nutzbarmachung ihrer mitgebrachten Qualifikationen?
9. Wie stehst Du zur doppelten Staatsbürgerschaft/Optionsregelung?
10. Welche Reformen siehst Du in der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik als dringend geboten an?
11. Was kann Deutschland von anderen Ländern in der Einwanderungspolitik lernen?
12. Das Gesundheitswesen steht vor der Herausforderung, sich auf eine alternde Bevölkerung mit Migrationsgeschichte einzustellen. Wie muss sich das deutsche Pflege- und Gesundheitssystem auf soziokulturelle und migrationsspezifische Einflussfaktoren (Aufenthaltsstatus, Grad der Sprachkompetenz, Herkunftsregion und Religion) und kulturbedingte Faktoren (differierende Krankheitskonzepte, andere Erwartungen an hiesige BehandlerInnen) einstellen?
13. Welche Hilfs- und Unterstützungsangebote ergeben sich dabei in besonderem Maße bei der interkulturellen Öffnung bzw. im Diversity Management und der sozialen Öffnung für sozial schwache Milieus im psychosozialen Bereich?



14. Migrantinnen und Migranten sind im Vergleich zu deutschen Patientinnen und Patienten in ihrem Alltag aufgrund deutlich schwierigerer Lebensbedingungen offensichtlich stärkeren psychosozialen Belastungen ausgesetzt. Welche Rolle spielen dabei hohe Zugangsbarrieren oder eine wie auch immer begründbare Somatisierungstendenz, die als medizinisches Problem mehr und mehr an die Rettungsstellen herangetragen wird? (Hintergrund: Überdurchschnittlich viele MigrantInnen wenden sich an die Rettungsstelle stationärer Einrichtungen.) Wie können diese Barrieren abgebaut werden?



Elke Ahlhoff
Tel.: 030 - 53 09 77 44
Email: eahlhoff@web.de
Internet: www.elke-ahlhoff.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

vielen Dank für Eure differenzierten Fragen, die ich gerne beantworte. Ich bemühe mich die Antworten möglichst kurz zu halten und nur das Wesentliche zu erfassen. Nicht weil ich meine, dass die Themen nicht für eine umfangreichere Beantwortung geeignet wären, sondern aus der Erfahrung, dass Leserinnen und Leser es meist wichtiger ist in einem überschaubaren Text die Information zu erhalten, die Sie für relevant halten.

1. Was heißt für Dich Integration in einer Zuwanderungsgesellschaft?

Integration in einer Zuwanderungsgesellschaft ist für mich eine gelebte Willkommenskultur. Das beinhaltet dem neu dazu Kommenden gegenüber offen, frei und freundlich gegenüber zu treten. Eine Orientierung in der neuen Heimat anzubieten, den anderen in seiner kulturellen Identität zu achten und zu respektieren. Integration bedeutet den neu dazu gekommenen Menschen die Teilhabe und die Chancengleichheit in Bildung und Arbeit zu bieten. Die gemeinsame Basis bietet unser Grundgesetz.

2. Integration und Vielfalt ist ein Themenfeld, das nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch innerhalb der SPD von Teilen der Mitgliedschaft als Randthema oder mit der Problembrille betrachtet wird. Welche Ideen hast Du, um den Stellenwert des Themenfeldes Integration und Vielfalt innerhalb der SPD aufzuwerten und seine hohe Relevanz, über bloße Wohlfühlrhetorik hinaus, der Mitgliedschaft progressiv zu verdeutlichen und so auch die Skeptiker ins Boot zu holen?

In Verbindung mit der Integration von Migrantinnen und Migranten werden immer wieder Probleme diskutiert, wie sie durch einen schwachen sozialen Status von Menschen entstehen. Wir müssen die Diskussion auf eine Ebene heben, die verdeutlicht, dass gesellschaftliche Spannungen selten aufgrund des Migrationsstatus entstehen, sondern viel mehr durch die soziale Lebenslage. Zuwanderung ist ein Gewinn für Deutschland. Denn nur durch Zuwanderung kann der massiven Alterung der Gesellschaft entgegen gewirkt werden. Die Ignoranz vor der Tatsache, dass wir immer weniger Erwerbsfähige haben werden, dafür aber sehr viele Menschen im Rentenalter, darf nicht länger aufrechterhalten werden. Wir brauchen die Zuwanderung junger Menschen.

3. Was sind aus Deiner Sicht die zentralen Herausforderungen für die Einwanderungsgesellschaft in Berlin und Deutschland?

Wir müssen für Zuwandernde ein zügiges und wesentlich vereinfachtes Verfahren der Anerkennung schulischer und beruflicher Abschlüsse schaffen. Berufsbezogene Sprachkurse unterstützen eine zügige Arbeitsaufnahme. Es muss ein breiteres Angebot eventuell notwendiger theoretischer und berufspraktischer Anpassungsqualifizierungen entwickelt werden. Dabei darf es nicht sein, dass aufgrund von Kosten für das



Anerkennungsverfahren, dieses nicht beantragt werden kann und die neu Zugewanderten in Jobs mit geringer Entlohnung gedrängt werden. Generell muss der Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Migrationshintergrund erleichtert werden. Zum Abbau von Vorbehalten bei potentiellen Arbeitgebern bedarf es weiterer Aktivitäten um diese abzubauen.

Verstärkte Einstellung von Arbeitnehmern/innen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst, bis die Vielfalt unserer Gesellschaft sich auch bei Feuerwehr, Polizei, Verwaltung etc. widerspiegelt. Dies befördert eine breite Akzeptanz der Vielfalt im Arbeitsleben.

Sprachliche Förderung und intensive Bildungsarbeit und Betreuung in Kita und Schule müssen jedem Kind und Jugendlichen die gleichen Chancen eröffnen, unabhängig von der Herkunft!

4. Wie möchtest Du migrantische Wählerschichten in Tempelhof-Schöneberg erreichen und für die SPD mobilisieren?

- Führung eines intensiven Austauschs mit Migrantinnen/innen,
- durch Ansprache entsprechender Verbände,
 - migrantischen Vertretungen in Quartieren/Ortsteilen
 - in öffentlichen Treffpunkten oder Treffpunkten freier Träger
 - Beratungsstellen für Migrantinnen/innen im Bezirk
 - über die muttersprachlichen Publikationen
 - über das Netzwerk der AG Migration und Vielfalt

5. Was sind für Dich drei Projekte im Feld Integrations-/Migrationspolitik, die eine SPD-geführte Bundesregierung nach einer Machtübernahme zügig umsetzen müsste?

- gezielte, intensive und evaluierte Sprachförderung für Kinder und Jugendliche
- vereinfachtes Verfahren der Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul- und Berufsabschlüssen
- Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft

6. Welche integrationspolitischen Inhalte siehst Du für den Fall, dass die SPD in einer nichtprogressiven Koalition regieren muss, als unverhandelbar an?

Eine intensive Sprach- und Leseförderung für Kinder und Jugendliche, denn darüber entscheidet sich ihr Zugang und ihr Erfolg in der Bildung. (Ich gehe aber von einer rot-grünen Bundesregierung aus!)

7. Welche Maßnahmen wären in Deinen Augen geeignet, die Chancengleichheit im Bildungsbereich für Menschen mit Migrationsgeschichte zu erhöhen?

Wir haben in Deutschland eine Unzahl von Konzepten zur Vermittlung der deutschen Sprache, die nur im Ansatz entwickelt sind oder keine aufbauende Stringenz aufweisen. Benötigt wird ein evaluiertes Sprachvermittlungscurriculum, das auf die Lebenswirklichkeit und das Alter der Lernenden abgestellt ist. Des Weiteren ist endlich ein ordentliches Lehrfach Deutsch als Zweitsprache im Lehramtsstudium zu verankern. Sprach- und Lesekompetenz sind wesentliche Faktoren, um im deutschen Bildungssystem erfolgreich zu bestehen.



Vielfach hat sich gezeigt, dass besonders die Übergänge schwer für Kinder mit Migrationshintergrund zu bewältigen sind. Eine enge Begleitung und Unterstützung ist notwendig beim Übergang von der KITA in die Schule, Grundschule-Oberschule, Oberschule-Beruf.

Eine ausführliche Erläuterung des deutschen Bildungssystems für die Eltern.

Einsatz von Sprachmittlern an Kitas und Schulen über Patensysteme z.B. über engagierte andere Eltern oder freie Träger.

Die Angebote von Deutschkursen, auch mit Schwerpunkt deutsche Rechtschreibung, in den Volkshochschulen beibehalten und ausbauen.

Verstärkung der Alphabetisierungskampagne.

8. Welche Ideen hast Du zum Ausbau der Arbeitsmarktförderung für Zuwanderer und ihre Familien und zur Nutzbarmachung ihrer mitgebrachten Qualifikationen?

Eine genaue und intensive berufliche Beratung mit aufzeigen auch möglicher Fort- und Weiterbildungsangebote und Förderungsmöglichkeiten. Weiteres zu diesem Punkt siehe Antwort Pkt. 3

9. Wie stehst Du zur doppelten Staatsbürgerschaft/Optionsregelung?

Eine Entscheidung für die doppelte Staatsbürgerschaft ist richtig. Es gibt keine Notwendigkeit, warum mit Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft, die ursprüngliche Staatsbürgerschaft aufgegeben werden sollte.

10. Welche Reformen siehst Du in der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik als dringend geboten an?

- schnelle, zügige Bearbeitung von Verfahren
- Einzelfallprüfung auf Gefährdung im Herkunftsland
- Unterbringung in kleinen abgeschlossenen Wohneinheiten, keine Unterbringung mit „Internierungscharakter“
- Angebote von Deutsch- und Integrationskursen
- möglichst schnelle Aufnahme von Arbeit- und/oder Ausbildung
- Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, der Mindestbedarf von Menschen, die Unterstützung brauchen, hängt nicht von der Herkunft ab.
- Kindern sofortigen Besuch von Regeleinrichtungen ermöglichen: KITA und Schule ermöglichen
- Residenzpflicht aufheben

11. Was kann Deutschland von anderen Ländern in der Einwanderungspolitik lernen?

Gerne würde ich mit Euch, der AG Migration, über den Transfer von Teilen gelungener Einwanderungspolitik aus anderen Ländern diskutieren.

12. Das Gesundheitswesen steht vor der Herausforderung, sich auf eine alternde Bevölkerung mit Migrationsgeschichte einzustellen. Wie muss sich das deutsche Pflege- und Gesundheitssystem auf soziokulturelle und migrationsspezifische Einflussfaktoren (Aufenthaltsstatus, Grad der Sprachkompetenz, Herkunftsregion und Religion) und kulturbedingte Faktoren (differierende Krankheitskonzepte, andere Erwartungen an hiesige BehandlerInnen) einstellen?

Es bedarf einer breiten Werbung, um das Interesse von Arbeitnehmern/innen mit Migrationshintergrund für die medizinischen Berufe, besonders Pflegeberufe, zu wecken. In der Pflege, aber auch in der medizinischen Versorgung werden die sprachlichen Kompetenzen und kulturellen Kenntnisse der ursprünglichen Herkunftsländer benötigt. Da jede Kultur ihre spezifischen Besonderheiten im Erleben von Krankheit und Schmerz, in der Beschreibung von Symptomen und in der Erwartung an eine Behandlung hat.

Sprachliche und kulturelle Kenntnisse beim pflegerischem/medizinischem Personal beugen Missverständnissen vor und befördern das Vertrauen des Patienten in die Therapie und Heilung.

Für **alle**, die im medizinischen/pflegerischen Bereich arbeiten, ist die Schulung interkultureller Kompetenzen notwendig, auch für Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund!

Kultursensible Pflege/Behandlung muss in allen Ausbildungsgängen in der Medizin und Pflege als Querschnittsthema verankert werden.

13. Welche Hilfs- und Unterstützungsangebote ergeben sich dabei in besonderem Maße bei der interkulturellen Öffnung bzw. im Diversity Management und der sozialen Öffnung für sozial schwache Milieus im psychosozialen Bereich?

Tut mir leid diese Frage nicht beantworten zu können, da eine Konkretisierung nicht möglich ist.

14. Migrantinnen und Migranten sind im Vergleich zu deutschen Patientinnen und Patienten in ihrem Alltag aufgrund deutlich schwierigerer Lebensbedingungen offensichtlich stärkeren psychosozialen Belastungen ausgesetzt. Welche Rolle spielen dabei hohe Zugangsbarrieren oder eine wie auch immer begründbare Somatisierungstendenz, die als medizinisches Problem mehr und mehr an die Rettungsstellen herangetragen wird? (Hintergrund: Überdurchschnittlich viele MigrantInnen wenden sich an die Rettungsstelle stationärer Einrichtungen.) Wie können diese Barrieren abgebaut werden?

Die erheblich höhere Rate von Somatisierungen bei Bürgern und Bürgerinnen mit Migrationshintergrund sind auf die z. T. erheblichen, täglichen erlebten psychosozialen Spannungen zurückzuführen, die ein hohes Stresspotential beinhalten. Aufgrund kulturbedingt differierender Beschreibungen von Symptomen und Krankheit wird Diagnostik und Therapie erschwert, wenn das medizinische/pflegerische Personal nicht entsprechend geschult ist. Ich nehme an, dass durch Missverständnisse bei der Behandlung von Menschen mit Migrationshintergrund öfter nicht die gewünschte Besserung eintritt. Eine daraus resultierende akute Verschlechterung führt zum Aufsuchen der Rettungsstellen.



Dr. Serge Embacher
Wiesbadener Str. 13
D-12161 Berlin
Tel.: +49 (30) 854 02 908
Mobil: 0160 - 93 58 45 16
Email: info@serge-embacher.de
Internet: www.serge-embacher.de

Lieber Orkan, liebe Genossinnen und Genossen,

habt nochmals vielen Dank für die Zusendung des integrationspolitischen Fragekataloges zur Bundestagswahl 2013. Die Themen Zuwanderung und Integration bzw. Inklusion gehören für mich zu den wichtigen Zukunftsthemen unserer Gesellschaft. Im Deutschen Bundestag werde ich mich – z.B. im Rahmen der AG Migration/Integration der SPD-Bundestagsfraktion – für weitere Fortschritte auf dem langen Weg zur Gleichberechtigung und vor allem *Gleichbehandlung* von Menschen nicht-deutscher Herkunft einsetzen. In meinen Augen kommt es vor allem darauf an, die Hegemonie von populistischen Debattenbeiträgen à la Sarrazin oder Buschkowsky zu beenden. Die Fragen der AG Migration und Vielfalt der SPD Tempelhof-Schöneberg beantworte ich im Einzelnen wie folgt:

1. Was heißt für Dich Integration in einer Zuwanderungsgesellschaft?

Integration in der Einwanderungsgesellschaft bedeutet für mich ganz einfach, ernst zu machen mit der modernen Idee, dass alle Menschen frei und gleich geboren sind. Erst wenn es keinen Unterschied mehr macht, wo man herkommt, wie man aussieht oder nach welchen ethischen, religiösen oder sonstigen Grundsätzen man leben möchte, ist die Aufgabe von Integrationspolitik erfüllt. Davon sind wir heute – trotz zahlreicher Fortschritte in den letzten Jahren – weit entfernt. Einwanderer und ihre Familien sind nach wie vor häufig benachteiligt. Staatliches Handeln, aber auch Wirtschaft und Bürgergesellschaft stehen vor der Aufgabe, hier gemeinsam zu handeln und Deutschland zu einem „echten“, das heißt fairen und attraktiven Einwanderungsland zu machen.

2. Integration und Vielfalt ist ein Themenfeld, das nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch innerhalb der SPD von Teilen der Mitgliedschaft als Randthema oder mit der Problembrille betrachtet wird. Welche Ideen hast Du, um den Stellenwert des Themenfeldes Integration und Vielfalt innerhalb der SPD aufzuwerten und seine hohe Relevanz, über bloße Wohlfühlrhetorik hinaus, der Mitgliedschaft progressiv zu verdeutlichen und so auch die Skeptiker ins Boot zu holen?

Entscheidend ist die Art und Weise, wie wir über Integrationspolitik reden. Tun wir es in der Absicht, tatsächlich etwas zu bewirken? Dann müssen wir das Thema als Querschnittsthema in allen Politikfeldern verankern: Arbeitsmarkt-, Sozial-, Bildungs-, Innen-, Kulturpolitik, um nur wenige Beispiele zu nennen. Oder tun wir es in populistischer Manier mit der Betonung der Defizite? Dann werden wir nicht weiterkommen, weil es nicht gelingen wird, eine positive Grundstimmung zu erzeugen.



Integrationspolitik ist Menschenrechtspolitik. Wenn es gelingt, diese Botschaft in die Köpfe zu bekommen, dann wird es auch weitere Fortschritte geben.

3. Was sind aus Deiner Sicht die zentralen Herausforderungen für die Einwanderungsgesellschaft in Berlin und Deutschland?

Die wichtigsten Herausforderungen bestehen meines Erachtens in der Bildungs- und Flüchtlingspolitik sowie in der Frage geregelter Einwanderung und Integration bzw. Einbürgerung. Junge Menschen aus Einwandererfamilien brauchen ein Bildungssystem, das ihnen tatsächlich gleiche Chancen eröffnet. Das fängt bei der Kita an und geht über Ausbildungs- und Jobpaten bis hin zur interkulturellen Öffnung der Universitäten und der Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen. Flüchtlingspolitik muss so gestaltet sein, dass Menschen, die – egal aus welchen Gründen – nach Deutschland fliehen, bei uns würdig behandelt werden. Dazu gehören für mich u. a. faire und transparente Verfahren und die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Insgesamt muss Einwanderung nach Deutschland nach klaren Kriterien (wie z. B. einem transparenten und fairen Punktesystem) geregelt und Integration durch begleitende staatliche Angebote wie Integrationskurse und eine Willkommenskultur ermöglicht werden, was am besten durch ein bundesweites Integrations- bzw. Teilhabegesetz sowie die Schaffung eines Bundesministeriums für Einwanderung und Integration ermöglicht werden könnte. Außerdem brauchen wir ein kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger, um politische Teilhabe für hier lebende Menschen zu ermöglichen.

4. Wie möchtest Du migrantische Wählerschichten in Tempelhof-Schöneberg erreichen und für die SPD mobilisieren?

Entscheidend ist die Zusammenarbeit mit Engagierten. Dazu gehört selbstverständlich die AG Migration und Vielfalt der SPD Tempelhof-Schöneberg, dazu gehören aber auch die bürgerschaftlich Engagierten in und außerhalb der Migrant*innenorganisationen in Tempelhof-Schöneberg. Wichtig ist die direkte Ansprache vor Ort. Dazu werde ich gleich zu Beginn der Wahlvorbereitungen eine eigene Arbeitsgruppe bilden.

5. Was sind für Dich drei Projekte im Feld Integrations-/Migrationspolitik, die eine SPD-geführte Bundesregierung nach einer Machtübernahme zügig umsetzen müsste?

- a) Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Flughafenasyilverfahrens
- b) Reform des Zuwanderungsrechts inkl. Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft
- c) Evaluation und Neuausrichtung des Nationalen Integrationsplans

6. Welche integrationspolitischen Inhalte siehst Du für den Fall, dass die SPD in einer nichtprogressiven Koalition regieren muss, als unverhandelbar an?

Man darf sich keine Illusionen machen: Mit der Union (und auch mit der FDP) wird es keine Fortschritte in der Integrations- und Einwanderungspolitik geben. Konservative wollen im Kern Einwanderung stoppen und Integration *nicht* erleichtern, weil für sie und ihre Klientel das Ressentiment gegenüber Einwanderern und ihren Familien eine nur schwer überwindbare ideologische Hürde bedeutet. In einer großen Koalition gilt es darauf zu achten, dass es in der Integrationspolitik keine Rückschritte gibt.

7. Welche Maßnahmen wären in Deinen Augen geeignet, die Chancengleichheit im Bildungsbereich für Menschen mit Migrationsgeschichte zu erhöhen?

Bildung ist Ländersache, daher ist der Einfluss der Bundespolitik hier generell gering. Was ich aber für zentral halte, ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Bereich der Bildung. In allen Phasen ihrer Ausbildung sind gerade benachteiligte junge Menschen auf das Engagement von außen angewiesen. Die zahlreichen Initiativen in Kindergärten, Schule und Ausbildung, bei denen engagierte Menschen Kindern und Jugendlichen bei ihrem Weg in die Gesellschaft helfen, müssen gestärkt und ausgebaut werden. Hier kann der Bund über Modellprogramme und Stiftungen fördernd eingreifen.

8. Welche Ideen hast Du zum Ausbau der Arbeitsmarktförderung für Zuwanderer und ihre Familien und zur Nutzbarmachung ihrer mitgebrachten Qualifikationen?

Die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse muss durch ein bundesweites Anerkennungsgesetz ausgebaut und verbessert werden, damit die Lebensleistung von Einwanderern und ihre Chancen auf gesellschaftliche Integration verbessert werden. In der Arbeitsmarktpolitik kommt es vor allem auf die interkulturelle Öffnung der Jobcenter sowie den Ausbau der Arbeitsmarktförderung für Einwanderer und ihre Familien (Eingliederungsprogramme für Menschen aus Einwandererfamilien, die über den Spracherwerb hinausgehen und Interkulturalität wertschätzen) an. Zudem brauchen wir eine flächendeckende Durchsetzung anonymer Bewerbungen, um Ungerechtigkeiten und Diskriminierung vorzubeugen.

9. Wie stehst Du zur doppelten Staatsbürgerschaft/Optionsregelung?

Die Optionsregelung zwingt junge Menschen in einen unlösbaren Konflikt. Entweder sie entscheiden sich für die deutsche Staatsbürgerschaft und müssen damit einen harten Schnitt in ihrer Zuwanderungsgeschichte machen. Oder sie entscheiden sich für die Staatsangehörigkeit ihres Herkunftslandes und werden damit zu Ausländern in der eigenen Heimat. Diese Regelung ist völlig absurd und muss durch die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft ersetzt werden.

10. Welche Reformen siehst Du in der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik als dringend geboten an?

Das Asylbewerberleistungsgesetz ist vom Bundesverfassungsgericht zu Recht für verfassungswidrig erklärt worden und muss deshalb abgeschafft werden. Die sozialen Leistungen für Asylbewerber müssen den Regelungen im SGB II („Hartz IV“) angepasst werden. Außerdem brauchen wir eine Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylbewerber sowie Beschäftigungsprogramme auch für Geduldete und Asylbewerber. Das menschenunwürdige Flughafenasylverfahren muss abgeschafft bzw. gesetzlich neu geregelt werden. In meinen Augen muss auch die Residenzpflicht für Asylbewerber und Geduldete aufgehoben werden. Der Asylstatus rechtfertigt keine Einschränkungen der Freizügigkeit. Asylbewerber und Geduldete benötigen auch Zugänge zu Bildung und Integrationskursen. Kettenduldungen müssen durch eine stichtagsunabhängige gesetzliche Bleiberechtsregelung ersetzt werden. Der Aufenthalt von „Papierlosen“ sollte durch eine Amnestie legalisiert werden.

11. Was kann Deutschland von anderen Ländern in der Einwanderungspolitik lernen?

Klassische Einwanderungsländer wie Neuseeland, Kanada oder Australien haben klare und transparente Regeln für Einwanderung und Einbürgerung, was in meinen Augen zentral ist. Die „Spielregeln“ müssen klar sein, damit Einwanderung „normal“ und Integration erleichtert wird. Das Bekenntnis zur Gesellschaftsordnung und die Kenntnis der Landessprache bereits vor der Einwanderung gelten in klassischen Einwanderungsländern als selbstverständlich. Das sollte sich Deutschland zum Vorbild nehmen.

12. Das Gesundheitswesen steht vor der Herausforderung, sich auf eine alternde Bevölkerung mit Migrationsgeschichte einzustellen. Wie muss sich das deutsche Pflege- und Gesundheitssystem auf soziokulturelle und migrationsspezifische Einflussfaktoren (Aufenthaltsstatus, Grad der Sprachkompetenz, Herkunftsregion und Religion) und kulturbedingte Faktoren (differierende Krankheitskonzepte, andere Erwartungen an hiesige BehandlerInnen) einstellen?

Insgesamt brauchen wir eine Aufwertung der Pflege durch bessere Bezahlung von Pflegekräften und eine bessere Würdigung der Leistungen, die Pflegekräfte täglich für eine „alternde“ Gesellschaft erbringen. Den Fachkräftemangel im Pflegebereich müssen wir durch die Förderung von Einwanderern in Pflegeberufen beseitigen. Dadurch würde auch die interkulturelle Kompetenz im Pflegebereich als Schlüssel zu den in der Frage aufgeführten Problemen gestärkt werden.

13. Welche Hilfs- und Unterstützungsangebote ergeben sich dabei in besonderem Maße bei der interkulturellen Öffnung bzw. im Diversity Management und der sozialen Öffnung für sozial schwache Milieus im psychosozialen Bereich?

14. Migrantinnen und Migranten sind im Vergleich zu deutschen Patientinnen und Patienten in ihrem Alltag aufgrund deutlich schwierigerer Lebensbedingungen offensichtlich stärkeren psychosozialen Belastungen ausgesetzt. Welche Rolle spielen dabei hohe Zugangsbarrieren oder eine wie auch immer begründbare Somatisierungstendenz, die als medizinisches Problem mehr und mehr an die Rettungsstellen herangetragen wird? (Hintergrund: Überdurchschnittlich viele MigrantInnen wenden sich an die Rettungsstelle stationärer Einrichtungen.) Wie können diese Barrieren abgebaut werden?

13. und 14.: In der Regel haben Einwanderer es mit einer schwierigeren psychosozialen Grundsituation zu tun. Sie sind aufgrund von Diskriminierungs- und Fremdheits-erfahrungen in psychischer und sozialer Hinsicht stärker belastet als die alteingesessene Bevölkerung. Darauf muss im Pflege- und Gesundheitssystem besonders und kultursensibel reagiert werden. Eine konsequente interkulturelle Öffnung der öffentlichen Gesundheitseinrichtungen ist dafür grundlegend.

Beste und solidarische Grüße
Serge Embacher



Mechthild Rawert MdB
Internet: www.mechthild-rawert.de

Wahlkreisbüro:
Friedrich- Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin-Tempelhof
Tel.: 030 - 720 13 - 884
Fax: 030 - 720 13 – 994
E-Mail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de

Bundestagsbüro:
Tel.: 030 - 227 - 73750
Fax: 030 - 227 - 76250
E-Mail: mechthild.rawert@bundestag.de

1. Was heißt für Dich Integration in einer Zuwanderungsgesellschaft?

Politische und gesellschaftliche Teilhabe, Chancengleichheit, Mitbestimmung und Partizipation - u.a. bei dieser Mitgliederbefragung:

Deine Stimme zählt! Mit deiner Stimme wird unsere Gesellschaft gerechter und fortschrittlicher. Nutze dein Recht auf Mitbestimmung und politische Partizipation! Bestimme mit, wer DEINE SPD-BundestagskandidatIn für Tempelhof-Schöneberg wird!

Deine Stimme zählt! Es ist nicht von Bedeutung, ob du vom „Status“ AusländerIn mit oder ohne Migrationshintergrund, ob (Spät-)AussiedlerIn, Flüchtling oder AsylbewerberIn, ob Deutsche mit eigener oder familialer Migrationsbiographie oder Eingebürgerte bist. Bei dieser Wahl entscheidet nicht der Pass sondern dein eigenes Handeln. Mach mit! Misch mit!

Deine Stimme ist mir wichtig! Entscheide mit! Bei der Bundestagswahl im September 2013 können nur diejenigen wählen gehen, die einen deutschen Pass haben, älter als 18 Jahre sind und in Tempelhof-Schöneberg wohnen.

Mein Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, in der alle BürgerInnen - mit und ohne Migrationsbiografie - in allen Lebensbereichen die gleichen Chancen auf gesellschaftliche, soziale, kulturelle und politische Partizipation haben.

„Integration“ in einer Zuwanderungsgesellschaft bedeutet für mich Chancengleichheitspolitik mit allen Rechten und Pflichten in allen Belangen für alle – für Chancen, gegen Ausgrenzung.

Integration in einer „Zuwanderungsgesellschaft“ bedeutet Respekt für und Akzeptanz von Unterschiedlichkeit und Vielfalt. Für mich gehört dazu die Förderung der Anerkennung von Gleichwertigkeit, so wie es unser Grundgesetz will: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ (Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz).



Als Sozialdemokratin setze ich mich mit Kraft und Begeisterung für Chancengleichheit, Toleranz und Offenheit in einer pluralistischen Gesellschaft ein. Ich kämpfe für eine wehr-

hafte Demokratie, kämpfe gegen jede Form von Ausgrenzung, Rassismus und Diskriminierung, von Fremdenfeindlichkeit sowie struktureller und physischer Gewalt. Alle Menschen sind gleichwertig aber verschieden. Einhalt zu bieten ist einem schleichenden Rassismus, der sozioökonomische Situationen ethnisiert, sie kulturalisiert oder zunehmend verallgemeinernd mit Religion in Zusammenhang bringt.

In einer inklusiven Zuwanderungsgesellschaft gehören Chancen geben und Chancen nutzen zusammen. Um unseren sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten, ist seitens der Mehrheitsgesellschaft eine fortschrittliche und emotional wertschätzende Willkommens- und Anerkennungskultur zu etablieren. Jede, jeder muss die Möglichkeit auf Bildung und sozialen Aufstieg haben. Jede, jeder hat das Recht auf ein Leben ohne Angst. Zum Leben in Vielfalt gehört, dass Mehrheits- als auch Minderheitengesellschaften Angebote schaffen, die Differenziertheit zulassen und Klischees abbauen. Hier haben Parteien, (kommunale) Verwaltungen, MigrantInnenselbstorganisationen eine wichtige Vorbild-funktion.

Dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, bestreitet heutzutage noch nicht einmal mehr die CDU. Im Gegensatz zu dieser wollen wir aber nicht nur die soziale Teilhabe sondern darüber hinaus vor allem Chancengleichheit und politische Mitbestimmung und Partizipation fördern. Diese gemeinsame politische Grundlage ist Garant für unseren sozialen Zusammenhalt in Vielfalt. Alle sind aufgefordert, sich hierfür einzusetzen - Zuwandernde ebenso wie die Aufnahmegesellschaft.

Als stellvertretende Sprecherin der Querschnittsarbeitsgruppe „Integration und Migration“ der SPD-Bundestagsfraktion habe ich wichtige Handlungsvorschläge für unser Positionspapier „Gleichberechtigt miteinander leben“ erarbeitet. Für die Ausgestaltung unserer gemeinsamen Gesellschaft und Zukunft braucht es noch viele neue Ideen und das aktive Engagement einer/eines Jeden. Du bist mit deiner Kreativität und deinen Forderungen gefragt. Über einen Austausch freue ich mich.

2. Integration und Vielfalt ist ein Themenfeld, das nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch innerhalb der SPD von Teilen der Mitgliedschaft als Randthema oder mit der Problembille betrachtet wird. Welche Ideen hast Du, um den Stellenwert des Themenfeldes Integration und Vielfalt innerhalb der SPD aufzuwerten und seine hohe Relevanz, über bloße Wohlfühlrhetorik hinaus, der Mitgliedschaft progressiv zu verdeutlichen und so auch die Skeptiker ins Boot zu holen.

Wir wollen eine inklusive SPD. Auch innerhalb unserer sozialdemokratischen Familie ist Chancengleichheit und Partizipation für alle Maßstab. Ich bin davon überzeugt, dass die SPD ihren Anspruch als Volkspartei nur aufrechterhalten kann, wenn sie die Zusammensetzung der Bevölkerung repräsentativ abbildet. Ebenso bin ich davon überzeugt, dass die SPD ihren Selbstanspruch als Mitgliederpartei nur dann lebendig aufrechterhalten kann, wenn sie in ihren jeweiligen Gremien und Gruppierungen eine



stärkere sichtbare Besetzung von politischen Entscheidungsfunktionen mit Genossinnen und Genossen mit Migrationshintergrund möglich macht.

Der Beschluss, eine Quote von 15 Prozent für Migrantinnen und Migranten in allen Führungsgremien einzuführen, war – obwohl für Berlin verfehlt, da als Quote zu niedrig angesetzt – ein wichtiger Auftakt zu einer bundesweiten Diskussion für mehr Partizipation für alle in der SPD. Wichtig und richtig ist auch der Beschluss, der AG Migration und Vielfalt den AG-Status auch auf Bundesebene zu geben. Damit sind für Parteimitglieder als auch BürgerInnen konkrete AnsprechpartnerInnen identifizierbar, die als InteressensvertreterInnen und BündnispartnerInnen innerhalb und außerhalb der SPD für die Herstellung von gesellschaftlicher Gleichstellung unabhängig vom Aufenthaltsstatus oder Pass aktiv eintreten.

Wie bedeutsam diese „Identifizierbarkeit“ ist, zeigt die AG Migration und Vielfalt in Tempelhof-Schöneberg selbst:

- Sie setzt mit ihren Veranstaltungen und Anträgen wichtige gleichstellungspolitische Impulse und prägt so den gesellschaftlichen Fortschritt in Partei und Berliner Öffentlichkeit mit.
- Sie positioniert sich in sogenannten Migrations- und Integrationsdebatten, die Autoren wie T. S. und „Big B.“ lostreten, eindeutig gegen offene und latente Rassismen und gegen die Ethnisierung sozialer Konflikte. Damit bleibt SPDlerInnen, die sich durch verallgemeinernde auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen beruhenden Aussagen über Religion, Kultur oder Herkunft ausgegrenzt und diskriminiert fühlen, doch noch ein „Stück sozialdemokratischer Heimat“. Für an der Durchsetzung von Menschenrechten und Chancengleichheit und Partizipation engagierte BürgerInnen außerhalb der Partei bleibt zumindest ein „Restvertrauen“, dass es uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten um Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für alle geht.
- Sie ist verlässliche Bündnis- und GestaltungspartnerIn für Vereine und Projekte vor Ort.

Als Mitglied der AG Migration und Integration zeige auch ich Gesicht im Rahmen dieses parteiischen und engagierten Eintretens gegen jede Form von Diskriminierung, Rassismus und Gewalt.

Interkulturelle Öffnung der SPD

Eine interkulturelle Öffnung der SPD ist Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationsbiographie. Der Auftrag zur kontinuierlichen Organisations- und Qualitätsentwicklung sämtlicher Dienstleistungen der SPD im haupt- und ehrenamtlichen Bereich umfasst die Herausforderung an die jeweils Verantwortlichen, die eigenen Strukturen und Angebote immer wieder danach zu hinterfragen, ob sie den Zugang und die Teilhabe von MigrantInnen fördern und inwieweit sie ihre jeweiligen vielfältigen sozialen Lebenslagen aufgreifen.



Um FunktionärInnen für die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft zu sensibilisieren, sind systematisch Qualifizierungen und Fortbildungen zu interkulturellen Themen und Debatten zu organisieren. Die bewusste Auseinandersetzung mit kultureller Vielfalt ist eine Lernchance für alle SozialdemokratInnen. Dieser Prozess inter- und transkultureller Bewusstseinsbildung ist als Begegnung auf gleicher Augenhöhe zu gestalten.

Die Vielfalt in der Vielfalt, die Verschiedenheit der Migrationsbiografien von SozialdemokratInnen gehört stärker in den Mittelpunkt. Direkte Ansprache und Einbindung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in der SPD müssen dauerhafte Aufgaben für unsere Parteilarbeit auf allen Ebenen sein. Wir haben GenossInnen mit Migrationsbiografie aus der 1., 2., 3. oder 4. Generation. Meine Fragen: Wie lange ist mensch „Mensch mit Migrationshintergrund“ bzw. ab wann nicht mehr? Wie sehen entsprechende Fremdbilder auch innerhalb der SPD bzw. wie eigene Identitäten aus? Wir alle sind gleichberechtigter Teil der „lernenden Organisation“ SPD.

4. Wie möchtest Du migrantische Wählerschichten in Tempelhof-Schöneberg erreichen und für die SPD mobilisieren?

Fakt ist, dass die Differenziertheit und Verschiedenheit in unserer Gesellschaft zunimmt. Studien und Lebenserfahrung belegen: Die Lebensrealität vieler ZuwanderInnen ist in besonderem Maße durch soziale Ungleichheit und Benachteiligung gekennzeichnet. Zur Bewältigung der alltäglichen Lebenswirklichkeit fehlen häufig zielgruppenspezifische Informationen über Versorgungsmöglichkeiten bzw. (interkulturell geschulte) AnsprechpartnerInnen und mehrsprachige Fachkräfte für den Zugang zum vorhandenen Hilfesystem in Deutschland. Die von vielen - durchaus nicht allen - Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft gar nicht als „Zugangsbarrieren“ wahrgenommenen Regularien und Situationen führen in unserer Zuwanderungsgesellschaft dazu, dass MigrantInnen sich nicht entsprechend ihrer eigenen Orientierungs- und Handlungsformen angenommen fühlen.

Das bedeutet für eine politische Organisation wie die SPD: Wir müssen gesellschaftliche Zugehörigkeit organisieren, müssen Gleichbehandlung und Gleichstellung auf der Basis von Anerkennung ermöglichen und durch unsere Politik Zugangsbarrieren in allen Lebens- und Politikfeldern abbauen und Chancengleichheit herstellen. Dazu gehört die politische Kooperation und Aufwertung - inklusive finanzielle Förderung - von MigrantInnen-selbstorganisationen.

Vielfalt im bürgerschaftlichen Engagement

Das (bürgerschaftliche) Engagement von MigrantInnen unterscheidet sich in großen Teilen von dem der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Es vollzieht sich überwiegend in informellen Bezügen, in MigrantInnenorganisationen, in ethnischen, in nachbarschaftlichen und verwandtschaftlichen Netzwerken. Es zeichnet sich aber ebenfalls durch ein sehr breites soziales und politisches Spektrum (Sport, Begegnung, Kultur, Religion, Bildung, Gesundheit, politische Interessenvertretung) aus. Bedeutsam ist der emotionale Faktor:



Hier erfährt mensch sich als zugehörig und als Mitglied des Gemeinwesens anerkannt. Dem ist leider in vielen Organisationen der Mehrheitsgesellschaft nicht so.

Der Ansatz des „bürgerschaftlichen Engagements“ der Mehrheitsgesellschaft ist vielen Menschen mit Migrationshintergrund zu weit von der eigenen Lebenswirklichkeit entfernt. Vor der Mobilisierung für die SPD steht daher die Anerkennung der Kultur des Helfens, steht der Kontakt auf Augenhöhe. Mögliche „Türöffner“ sind:

- die persönliche, aufsuchende Ansprache,
- die Integration von MultiplikatorInnen der eigenen ethnischen Community bzw. aus Migrantenorganisationen,
- ein konkreter Stadtteil- bzw. eigener Lebensweltbezug (Kita, Schule, Gesundheit, ...).

Möglichkeiten der Ansprache für den Bereich Gesundheit/Pflege zeige ich unter den Fragen 12-13 auf.

Ständigen Dialog führen

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen wir den ständigen Dialog mit den Selbstorganisationen der MigrantInnen führen. Deshalb bin ich regelmäßige Besucherin vieler Projekte vor Ort. Deshalb lade ich jedes Jahr VertreterInnen von MigrantInnenselbstorganisationen zum Sommerfrühstück in der Reihe „Auf ein Wort, Frau Rawert“ ein. Ich will erfahren, wo der Schuh drückt, will eine verlässliche Ansprech- und Bündnispartnerin sein. Um die Vernetzung untereinander zu stärken und selbst gut vernetzt zu sein, finden diese MultiplikatorInnenveranstaltungen immer bei einem Projekt vor Ort statt: bei Harmonie e.V., Huzur, im Interkulturellen Haus, Kidöb. Ich zeige Gesicht vor Ort.

Bei Harmonie e.V. bin ich Schirmherrin für das Projekt Raduga, welches Diskriminierungen und Gewalt bezüglich sexueller Vielfalt durch thematische Sensibilisierung der russischsprachigen MigrantInnen aus den GUS-Staaten zu verhindern hilft.

Neben der Vernetzung brauchen wir unterschiedliche und zielgenaue Formen der Ansprache. Das bedeutet auch die Erstellung von Wahlkampfmaterial in unterschiedlichen Sprachen.

Gute Erfahrungen habe ich mit zielgruppenorientierten Veranstaltungen gemacht, z.B. in Kooperation mit dem Russischen Theater für russischsprachige BürgerInnen.

5. Was sind für Dich drei Projekte im Feld Integrations-/Migrationspolitik, die eine SPD-geführte Bundesregierung nach einer Machtübernahme zügig umsetzen müsste?

- Die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrecht: Damit verbunden ist die Ermöglichung einer Mehrfach- bzw. Doppelstaatsbürgerschaft und die Abschaffung des Optionsmodells für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern.



- Die Änderung des Grundgesetz (Art. 28 Abs. I), damit alle in Deutschland wohnenden ausländischen MitbürgerInnen das kommunale Wahlrecht erhalten.
- Die Abschaffung des Flughafen-Asylverfahrens (§ 18/§ 18a Asylverfahrensgesetz).

6. Welche integrationspolitischen Inhalte siehst Du für den Fall, dass die SPD in einer nichtprogressiven Koalition regieren muss, als unverhandelbar an?

- Vgl. oben.
- Die Einbeziehung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Leistungsbezug des Asylbewerberleistungsgesetzes in das Bildungs- und Teilhabepaket.
- Der Ausbau von Chancengleichheit ermöglichenden Maßnahmen zu lebensbegleitender Bildung und zum sozialen Aufstieg (vgl. Frage 7).
- Der Abbau von Barrieren im Gesundheitswesen und die Stärkung der Teilhabe in den Feldern der Prävention, der Therapie, der Rehabilitation, der Pflege (vgl. Fragen 12 - 14).

7. Welche Maßnahmen wären in Deinen Augen geeignet, die Chancengleichheit im Bildungsbereich für Menschen mit Migrationsgeschichte zu erhöhen?

Unser Bildungssystem muss offener werden für kulturelle Unterschiede. Statt Betreuungsgeld brauchen wir mehr Kita-Plätze und qualitativ bessere Kita-Betreuung. Sprachförderung für alle muss fest verankert werden. Interkulturelle Öffnung der Kitas bedeutet, dass die ErzieherInnen interkulturelle Kompetenzen besitzen müssen.

Des Weiteren sehe ich den Ausbau von Ganztagschulen und ein möglichst wenig gegliedertes Schulsystem als wichtige Schritte zur besseren Förderung von SchülerInnen und Verringerung von Diskriminierungen an.

Wir brauchen auch eine höhere Anerkennung für die Zweisprachigkeit als Kompetenz, um die Potenziale der Kinder besser zu wertzuschätzen.

Das Bafög (Schule, Studium) ist auszubauen. Die Teilnahme an (geförderten) Fort- und Weiterbildungen ist zu stärken.

8. Welche Ideen hast Du zum Ausbau der Arbeitsmarktförderung für Zuwanderer und ihre Familien und zur Nutzbarmachung ihrer mitgebrachten Qualifikationen?

- Förderung von Bildung, Bildung, Bildung
- Beseitigung bestehender Diskriminierungen und Förderung fairer Chancen auf dem Arbeitsmarkt (u.a. durch anonymisierte Bewerbungen, Festlegung verbindlicher Zielvereinbarungen für den öffentlichen Dienst und die Privatwirtschaft, ...)
- Veränderungen/Verbesserungen des Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen (Rechtsanspruch auf echte Beratung statt nur einer Info-Hotline, bundesweit gültige Standards, sozialverträgliche Gebühren, die Förderung von Ausgleichsmaßnahmen,



Einführung einer Härteklauseel, Anspruch auf Anpassungslehrgänge, ...)

Die berufliche Anerkennung ist Teil einer wirklichen Willkommens- und Anerkennungskultur. Laut Schätzungen arbeiten bis zu 500.000 AkademikerInnen unterhalb ihrer Qualifikationen, weil ihre Abschlüsse nicht anerkannt werden. Ich will kein Talent ungenutzt lassen! Auch können wir uns diesen Skandal – seit Inkrafttreten sind gerade mal 100 Qualifikationen anerkannt worden – angesichts eines zunehmenden Fachkräftemangels volkswirtschaftlich nicht länger leisten.

- Umsetzung des Arbeitsmarktprogramm „Perspektive MigraPlus“ (u.a. innovative Ansätze für den Spracherwerb, bessere Qualifizierungs- und Fördermaßnahmen, mehr Personal mit Migrationsbiographie in den Jobcentern und Agenturen für Arbeit, ...)

Mensch muss glaubwürdig sein: In meinem Team haben die Hälfte der MitarbeiterInnen einen Migrationshintergrund und damit auch eine interkulturelle Kompetenz, die ich sehr schätze.

9. Wie stehst Du zur doppelten Staatsbürgerschaft/Optionsregelung?

Das Optionsmodell mag im Jahr 2000 ein gesellschaftlicher Fortschritt gewesen sein. Aber es entspricht weder meiner Vorstellung von einem modernen und fortschrittlichen Staatsbürgerschaftsrecht noch den Interessen der hier geborenen Kinder bzw. jungen Erwachsenen. Es wirkt letztlich integrationshemmend. Deswegen will ich das Optionsmodell zugunsten eines konsequenten Bekenntnisses zur doppelten oder mehrfachen Staatsbürgerschaft hier geborener Kinder ausländischer Eltern abschaffen. Wer sich einbürgern lässt, muss seine alte Staatsangehörigkeit nicht länger aufgeben.

10. Welche Reformen siehst Du in der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik als dringend geboten an?

Ich trete für die Abschaffung des Flughafen-Asylverfahrens ein. Durch meine schriftliche Anfrage an die Bundesregierung habe in Erfahrung gebracht, dass am Flughafen Schönefeld im Jahr 2011 einer Person und in diesem Jahr bislang keiner einzigen Person die Einreise aufgrund offensichtlicher Unbegründetheit des Asylantrages verweigert wurde. Allein schon deswegen ist das Flughafen-Asylverfahren überflüssig. Sowieso halte ich die kurzen Verfahrensfristen aus rechtsstaatlicher Sicht für sehr problematisch. Damit darüber eine größere Debatte in der SPD-Bundestagsfraktion geführt wird, habe ich angeregt, dass die Landesgruppe Berlin eine Fraktion vor Ort-Veranstaltung zum Flughafen-Asylverfahren durchführt. Diese fand am Mittwoch, den 31. Oktober, statt.

Ich trete dafür ein, dass AsylbewerberInnen nicht länger durch die Regelungen im Asylbewerberleistungsgesetz diskriminiert werden. Deshalb stehe ich für die Abschaffung der Residenzpflicht und die Abschaffung des Sachleistungsprinzips. Deshalb stehe ich für einen Zugang zum Arbeitsmarkt und für einen stark verbesserten Zugang zur medizinischen Versorgung.



Wir brauchen eine humanitäre Regelung für Menschen, die wegen ihres geduldeten Status in ständiger Unsicherheit leben. Sie müssen Zugang zu Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt erhalten.

Zu verbessern ist die Situation der Roma und Sinti, die in den letzten Jahren nach Deutschland eingewandert sind. Diese Aufgabe kann nicht allein von den Kommunen geschultert werden. Die schwarz-gelbe Bundesregierung muss ihre Haltung „Die Integration ist bereits gelungen.“ aufgeben. Vielmehr ist sie gefordert, den „EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020“ mit konkreten Maßnahmen zu füllen.

11. Was kann Deutschland von anderen Ländern in der Einwanderungspolitik lernen?

Wir können von einer ganzen Reihe von Ländern mit Einwanderungsgeschichte viel in Sachen Willkommens- und Anerkennungskultur lernen. Andere Länder reagieren sehr viel offener auf den Zuzug von Fachkräften und HochschulabsolventInnen, werben mit gezielten Maßnahmen Menschen aus dem Ausland an.

Aufgrund bestehender Benachteiligungen und Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt sind wir dagegen eher ein Auswanderungs- als ein Einwanderungsland: Gerade die Hoch- und Höchstqualifizierten wandern ins Ausland – viele der hier geborenen InländerInnen mit Migrationshintergrund sehen für sich anderswo bessere Alternativen. Richtigerweise haben wir in Deutschland – anders als viele andere Staaten – eine weitestgehend kostenfreie Berufsausbildung und ein weitgehend kostenfreies Studium. Die dann mit hohen Kompetenzen und Abschlüssen versehenen Menschen treiben wir u.a. aufgrund vielfältiger aufenthaltsrechtlicher, arbeitsmarkt- oder sozialpolitischer Bestimmungen weg. Durch Benachteiligungen und Diskriminierungen schwächen wir unsere volkswirtschaftliche Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit.

12. Das Gesundheitswesen steht vor der Herausforderung, sich auf eine alternde Bevölkerung mit Migrationsgeschichte einzustellen. Wie muss sich das deutsche Pflege- und Gesundheitssystem auf soziokulturelle und migrationsspezifische Einflussfaktoren (Aufenthaltsstatus, Grad der Sprachkompetenz, Herkunftsregion und Religion) und kulturbedingte Faktoren (differierende Krankheitskonzepte, andere Erwartungen an hiesige BehandlerInnen) einstellen?

Mir liegt die gesundheitliche und pflegerische Versorgung von ZuwanderInnen besonders am Herzen. Deshalb möchte ich diese Frage auch ausführlich beantworten, zumal hier die Grenzen der klassischen Altenhilfe, Altenpflege und Gesundheitsförderung fließend sind. In diesem Feld der Gesundheit liegen Überzeugungs- und Mobilisierungschancen für die SPD bei „migrantischen Wählerschichten“ (vgl. Frage 4).

Das Ziel einer chancengleichen gesundheitlichen Versorgung bietet für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ganz konkrete Ansatzpunkte, um mit „migrantischen Wählerschichten“ in einen kontinuierlichen Kontakt zu treten. Die gesundheitliche Lage älterer MigrantInnen kann nur in enger Kooperation mit



Selbstorganisationen von MigrantInnen verbessert werden. Diese sind auch unsere AnsprechpartnerInnen. Gesundheit und Pflege ist nie nur ein individuelles Problem der PatientIn oder der pflegebedürftigen Person sondern immer auch eines der Familie, des sozialen Umfeldes.

Gesundheit ist ein „ganzheitliches Geschehen“. Für Gesundheit im Alter ist das subjektive Erleben einer selbständigen, selbstverantwortlichen und persönlich sinnerfüllten Lebensgestaltung entscheidend. Gesundes Älterwerden hat also nicht allein mit den beim Älterwerden stattfindenden körperlichen, geistigen und seelischen Veränderungen zu tun. Das gesundheitliche Wohlbefinden und gesundheitsbewusstes Verhalten hängt vor allem von einer aktiven Lebensführung und einer positive Lebenseinstellung ab. Diese Definition der Weltgesundheitsorganisation ist bei meinen zahlreichen Veranstaltungen zu „Gesundheit und Lebensqualität“ mit SeniorInnen mit und ohne Migrationshintergrund unisono auf Zustimmung gestoßen.

Entscheidend ist also „das Gebraucht werden“, die soziale und gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation. Hier sind immense Herausforderungen für eine ressourcenorientierte Arbeit mit MigrantInnen gegeben. Ältere MigrantInnen wissen häufig zu wenig über das Gesundheitssystem in Deutschland. Aber mit Wissensvermittlung alleine ist es nicht getan. Aktiv gefördert werden muss die Teilhabe und das ehrenamtliche Engagement älterer MigrantInnen in Vereinen und Selbsthilfegruppen. Sie möchten endlich so akzeptiert werden, wie sie sind, und nicht so, wie die Mehrheitsbevölkerung glaubt, dass sie sein sollte.

Eine viel zu geringe Rolle für eine Gesunderhaltung spielt noch die Geschichte der Arbeitsmigration. **Im vergangenen Jahr haben wir das 50-jährige Jubiläum der Anwerbeabkommen** mit Ländern des Mittelmeerraumes begangen. Viele der damals gekommenen - ausgesucht wurden vor allem junge gesunde Männer - Menschen sind häufig entgegen der ursprünglichen Lebensplanung in Deutschland alt geworden sind. Schätzungen besagen, dass circa 40 Prozent der ArbeitsmigrantInnen FrührentnerInnen sind. Die Wahrnehmung der eigenen Gesundheit ist im Wesentlichen negativ. Als volkswirtschaftlich profitierendes Land steht Deutschland, steht unser Gesundheitswesen in Verantwortung für eine angemessene Gestaltung mehrsprachiger Informationsangebote, für einen zielgruppenorientierten Präventionsansatz sowie einer Verbesserung der Leistungen in der Geriatrie und in der Pflege. Auch der sozialraumorientierte „Basisbericht ausgewählter Sozial- und Gesundheitsdaten“ des Bezirks Tempelhof-Schöneberg verweist auf notwendige zielgruppenorientierte Gesundheitsplanungen.

Sozial benachteiligte Menschen werden häufig unzureichend versorgt. Wer lange keine Arbeit hat, über ein geringes Einkommen verfügt oder als Flüchtling in Deutschland lebt, ist häufiger krank. Eingeschränkt sind auch die Chancen für Bildung, zur Entwicklung eigener Talente und auf gesellschaftliche Teilhabe. Die Folgen sind überproportional viele Herzinfarkte und Schlaganfälle oder Diabetes. Auch psychische Erkrankungen treten häufiger auf. **Hier besteht dringender Handlungsbedarf.**



Für mich als Sozialdemokratin ist Gesundheit ein BürgerInnenrecht für alle! Als Gesundheitspolitikerin kämpfe ich für eine solidarische Bürgerversicherung in der Kranken- als auch Pflegeversicherung. Damit ist weitaus mehr gemeint als ein Finanzierungskonzept. Damit verbunden sind Konzepte einer chancengleichen gesundheitlichen Versorgung für alle.

Um für die Herausforderung im Kontext „Migration und Gesundheit“ stärker zu sensibilisieren und fachliche Inputs zu erhalten, habe ich als stellvertretende Sprecherin der Querschnittsarbeitsgruppe Migration und Integration der SPD-Bundestagsfraktion den ExpertInnenworkshop „Alter, Gesundheit und Pflege bei Einwanderinnen und Einwandern – Wege zur Chancengleichheit“ am 11./12. Mai bei der Friedrich-Ebert-Stiftung initiiert. Als eine von mir vorgeschlagene Expertin war auch Gülsen Aktas, HUZUR, beteiligt.

Der Anteil der über 64-Jährigen Menschen mit Migrationsbiographie umfasste im Jahr 2010 knapp 1,5 Millionen Menschen. Davon sind fast 60 Prozent (Spät-)AussiedlerInnen und Eingebürgerte. Bereits in zwanzig Jahren wird mit aber mit 3,5 Millionen Menschen mit Migrationsbiografie über 65 Jahren gerechnet. Von den wenigen sozialgerontologischen Forschungen zu älteren MigrantInnen befassen sich die meisten mit der Gruppe der „GastarbeiterInnen“. Untersucht wurden vor allem Menschen türkischer Herkunft und (Spät-)AussiedlerInnen, die im Familienverband einreist sind. Zur gesundheitlichen Lage weiterer Gruppen älterer MigrantInnen gibt es kaum Informationen.

Angesichts mangelnder **Datenlage** und der Vielfalt in der Vielfalt sind verallgemeinernde Aussagen zu hinterfragen. Zentrale Aspekte der Lebenssituation sind aber:

- Viele ältere MigrantInnen leben in baulich, sozial und infrastrukturelle unterprivilegierten Stadtteilen und Kiezen.
- Ältere MigrantInnen leben vergleichsweise häufig in Mehrgenerationenhaushalten, allerdings gibt es große Unterschiede zwischen den Herkunftsgruppen, zwischen Männern und Frauen. Eine aktuelle Studie verweist darauf, dass sich türkischstämmige MigrantInnen - trotz objektiv besserer Einbindung in die Familie - deutlich einsamer fühlen als die deutschstämmige Bevölkerung. Die Erwartung an einen intergenerationellen Zusammenhalt ist vor allem bei (Spät-)AussiedlerInnen sehr hoch.
- Auch (Spät-)AussiedlerInnen, die in ihren Herkunftsländern anspruchsvolle Qualifikationen erworben haben, gelingt es häufig nicht, auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die Folge ist eine hohe Arbeitslosigkeit und ein niedriges Alterseinkommen. Das Armutsrisiko ist fast dreimal so hoch wie in der gleichaltrigen Mehrheitsbevölkerung.
- Die Bildungsunterschiede in der Bevölkerung mit Migrationsbiografie sind zwischen Geschlechtern, Altersgruppen und Herkunftsländern erheblich. Der Abiturdurchschnitt unter den über 65-jährigen Migrantinnen ist doppelt so hoch wie



bei den deutschen Frauen, andererseits haben zwischen 16 und 23 Prozent keinen Schulabschluss. Die Deutschkenntnisse variieren sehr stark.

- Festzustellen ist eine hohe Krankheitshäufung chronischer Krankheiten. Alterstypische gesundheitliche Risiken (Schlaganfall, Herz-Kreislauf,..) treten erheblich früher auf. Damit besteht auch die Gefahr einer früheren Pflegebedürftigkeit als für deutsche Ältere. Der Bedarf an medizinischen und gesundheitlichen und pflegerischen Leistungen für ältere MigrantInnen steigt in den nächsten Jahren kontinuierlich an.
- Nur ein geringer Prozentsatz der in Deutschland lebenden AusländerInnen erwirbt trotz ausreichender Aufenthaltsdauer den deutschen Pass. Mit zunehmendem Alter nimmt die Einbürgerungsabsicht ab. Mit zunehmendem Alter geht die Rückkehrintention zurück und ist nach dem 70. Lebensjahr nur noch bei wenigen vorhanden.
- Viele junge Ältere haben einen doppelten Bezug zum Herkunfts- und Aufnahmeland Deutschland und gestalten diese Altersphase in Form einer „Pendelmigration“. Wo diese nächste Kohorte dann später leben will, ob im alten oder neuen Heimatland, ist noch nicht ausreichend erforscht.

Einen hohen spezifischen Bedarf an gesundheitlicher Versorgung haben Flüchtlinge, AsylbewerberInnen und auch die Menschen „sans papiers“.

Fakt ist:

Erstens: Die Abschaffung des Programms „Soziale Stadt“ durch die schwarz-gelbe Bundesregierung hat hohe Gesundheitskosten zur Folge.

Zweitens: Den sehr unterschiedlichen, in sich multikulturellen PatientInnengruppen steht in Deutschland ein immer noch monokulturelles Gesundheitssystem gegenüber. Gleiches gilt für die Pflege. Ein wenig besser sieht es in der Altenpflege und Altenhilfe aus. Veränderungsbedarf besteht aber auch hier.

Ich sehe vielfachen Änderungsbedarf:

- In den Einrichtungen der Altenhilfe und Einrichtungen des Gesundheitswesens hat eine Interkulturelle Öffnung stattzufinden. Dieser Prozess ist eine Führungsaufgabe. Alle MitarbeiterInnen haben eine interkulturelle Kompetenz zu erwerben.
- Verstärkt eingestellt werden muss kultursensibles Personal. Kultursensibilität ist eine zu erlernende Kompetenz.
- Interkulturelle Fort- und Weiterbildungen von EntscheidungsträgerInnen sind auszubauen, deren Teilnahme sollte Voraussetzung für die Übernahme von Führungspositionen sein.



- Auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene ist die Gesundheitsberichterstattung auszubauen, es bedarf mehr Studien zur Lage älterer MigrantInnen und ihrer besonderen Bedarfe.
- Der Bereich der Prävention und der Rehabilitation ist grundsätzlich für alle auszubauen (hier ist insbesondere die Bundesregierung gefragt). Derzeit sind ältere MigrantInnen sowohl in der Prävention als auch in der Rehabilitation unterrepräsentiert. Hier liegt eine aktive Rolle für MigrantInnenselbstorganisationen.
- Gerade im ambulanten Bereich existiert eine erschwerte Kommunikation zwischen ÄrztInnen und PatientInnen. Dafür verantwortlich sind in erster Linie Sprachprobleme. Dies führt gleichermaßen zu einer Unter- als auch Überversorgung: es werden mehr Arzneimittel (z.B. Schmerzmittel) verordnet und es erfolgen häufigere Überweisungen zu diagnostischen apparategestützten Untersuchungen. Aus Untersuchungen wissen wir, dass gerade Frauen mit Migrationshintergrund ohne Schulabschluss häufig an nicht eindeutig diagnostizierten körperlichen Schmerzen leiden. Eine Fehlversorgung führt aber so manches Mal zu längeren Krankenhausaufenthalten.
- Sprachliche und mentalitätsbezogene Verständigungsprobleme im ambulanten Bereich sind auch Ursache für die hohe Inanspruchnahme von Notfallambulanzen, von Rettungsstellen (vgl. Frage 14). In Krankenhäusern arbeiten mehr Ärzte „ausländischer“ Herkunft als „vor Ort“, im stationären Sektor sind auch in anderen Gesundheitsberufen mehr Menschen mehrsprachig. Dennoch ist auch hier die interkulturelle Infrastruktur nicht ausreichend.
- Grundsätzlich fehlt es an mehrsprachigen ÄrztInnen und an mehrsprachigem Gesundheitspersonal.
- Es fehlt aber auch an der Bereitschaft von MedizinerInnen, sich in sozial schwächeren Gebieten niederzulassen. Im Rahmen unseres Konzeptes zur solidarischen Bürgerversicherung haben wir Vorschläge zur Änderung vermeintlich lukrativer Niederlassungsorte gemacht: Leistungen in der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung werden gleich bezahlt, die Bedarfsplanung hat insbesondere auf unterversorgte Gebiete - dazu gehört zum Beispiel der Schöneberger Norden - Bezug zu nehmen.

Zusammen mit meinen KollegInnen habe ich den Antrag „**Für eine umfassende Pflegereform – Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken**“ (Drs. 17/ 9977) erarbeitet. Wir SozialdemokratInnen haben hiermit den demographischen Wandel aktiv aufgegriffen und unsere grundlegenden Forderungen für eine würdevolle Pflege für alle dargelegt. Auch hier haben Migrantenselbstorganisationen eine bedeutsame Rolle bei der Information und Begleitung älterer MigrantInnen, damit diese und ihre Familien gleichermaßen profitieren. Mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff wollen wir die



Selbständigkeit der Menschen fördern, damit diese so lange als möglich im häuslichen Umfeld bleiben können. Damit verhindern wir auch das, was Medien (vgl. DER SPIEGEL) aktuell melden: Menschen, die die staatliche Transferleistung „Hilfe zur Pflege“ in Anspruch nehmen, sollen in stationäre Einrichtungen ins Ausland „abgeschoben“ werden. Mit mir nicht!!!

Als Berichterstatterin für die Pflegeausbildungen habe ich Wert darauf gelegt, dass bereits „in der Ausbildung Inhalte über eine kultur- und gendersensible Pflege vermittelt werden. Hierzu gehören Kenntnisse über Religion, Kultur und Sprache der in Deutschland lebenden Migrantengruppen sowie eine Sensibilisierung für deren Bedürfnisse“.

Gesundheitspolitisch lohnend sind Programme, in denen Menschen zu Mediatorinnen bzw. LotsInnen für die Lebenswelt der MigrantInnen ausgebildet werden, z.B. das „MiMi-Gesundheitsprojekt: Mit MigrantInnen für MigrantInnen – Interkulturelle Gesundheit in Deutschland“. Leider waren die Bemühungen, die Bundesregierung zu einer stärkeren Förderung im Haushaltsplan 2013 zu bewegen, nicht von Erfolg gekrönt.

Mein Fazit:

Unsere Gesellschaft wird weniger – älter – bunter. Wir wollen alle gesund und aktiv älter werden. Doch nicht für jede und jeden und auch nicht überall sind die Bedingungen optimal. Im höheren Alter zeigen sich häufig Folgen nicht so optimaler Lebenssituationen und Lebensstile. Gesundheit kann jedoch in jedem Alter gefördert werden. Die Potenziale sind für ältere Menschen allgemein, für ältere MigrantInnen insbesondere, noch nicht ausgeschöpft oder genügend ins Blickfeld gerückt. MigrantInnenselbstorganisationen können als Akteure wesentlich dazu beitragen, dass zur Gesundheit körperliches und seelisches Wohlbefinden gehört, dass soziale Integration, Zugehörigkeit und Teilhabe von Bedeutung sind. Um die Bedürfnisse und Bedarfe zu erfahren, müssen Menschen gefragt werden, was sie brauchen und was sie glauben, wie dies erreicht werden kann.

„Nichts ohne uns über uns“ – eine Beteiligung von Anfang an und damit eine Einbeziehung in den Gestaltungsprozess vor Ort sind Grundlagen zur Gesundheitsförderung auch älterer MigrantInnen. Dabei kann die SPD als Unterstützerin und Bündnispartnerin dienen.

„Nichts ohne uns über uns“ – ist auch das Motto der Menschen mit sichtbaren oder unsichtbaren Handicaps. Menschen mit Behinderungen und Migrationsbiografie erfahren oft eine doppelte Diskriminierung. Erfreulicherweise nehmen sich immer mehr Vereine und Verbände dieser doppelten Herausforderung an. Es bilden sich auch immer mehr Selbsthilfegruppen, die beraten und unterstützen. Diese sind wichtig, zumal sie oft über die notwendigen sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen verfügen. Dabei kann die SPD als politische Unterstützerin und Bündnispartnerin sein.

Ich selber arbeite eng mit der Türkisch-Deutschen Frauenvereinigung zu Berlin e.V. BETAK. und dem Fachforum Menschen mit Behinderung und Zuwanderungsgeschichte der AWO Berlin zusammen. Außerdem bin ich Mitglied der Unterarbeitsgruppe „Migration



und Behinderung“ beim Berliner Landesbehindertenbeirat. Aus den hier gemachten Erfahrungen habe ich Anregungen für meine parlamentarische Arbeit gewinnen können.

13. Welche Hilfs- und Unterstützungsangebote ergeben sich dabei in besonderem Maße bei der interkulturellen Öffnung bzw. im Diversity Management und der sozialen Öffnung für sozial schwache Milieus im psychosozialen Bereich?

„Migration kann psychische Belastung erhöhen“ – so das Fazit der jüngst in der Charité vorgestellten Ergebnisse eines Forschungsprojektes zur "Seelischen Gesundheit und Migration". Zwar ist Migration nicht per se ein höherer seelischer Druck - wohl aber die Lebensumstände vieler Menschen aus Zuwandererfamilien. Unzureichende Chancen auf dem Arbeitsmarkt und damit verbundene soziale Unsicherheiten sowie im Alltags- als auch im Berufsleben erlebte Diskriminierungen führen dazu, dass psychische Erkrankungen bei Migrantinnen und Migranten häufiger sind, als im Bevölkerungsdurchschnitt. MigrantInnen mit psychischen Problemen gehen zumeist viel zu spät zu einer ÄrztIn.

Die Untersuchung bezog sich auf Menschen mit türkischer Migrationsbiografie. Weitere so sorgsam durchgeführte Untersuchungen zu den vielen anderen ZuwanderInnen sind mir nicht bekannt.

Unsere Krankenkasse übernimmt selbstverständlich auch die Kosten psychosozialer Hilfen. Diese werden von Menschen mit Migrationshintergrund aber seltener in Anspruch genommen. Zum einen liegt dieses an den Unterschieden im Krankheitsverständnis und der beim Hausarzt vorgebrachten Krankheitsbeschreibung ("Kafayi üsüttüm" – Ich habe meinen Kopf erkältet (Ich bin verrückt geworden) mit der Folge, dass ein interkulturell nicht sensibler Arzt Medikamente verschreibt anstelle nach einer ausführlichen Anamnese ggf. eine Psychotherapie. Eine weitere Ursache ist aber auch der Bildungshintergrund und soziale Status der PatientInnen. Psychosoziale Angebote werden auch deshalb nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen, weil sie zumeist kein muttersprachliches Angebot sind. Von TherapeutInnen mit derselben Muttersprache wird mehr Einfühlungsvermögen erwartet. Unser Gesundheitswesen sieht aber keinen Anspruch auf eine muttersprachliche Therapie vor.

Ich begrüße es sehr, dass im Rahmen dieses an der Charité und der Marmara Universität Istanbul angesiedelten Forschungsprojektes für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter psychosozialer Einrichtungen ein entsprechendes interkulturelles Training entwickelt worden ist.

Türkischstämmige Mädchen und junge Frauen denken häufiger an Freitod und begehen auch häufiger Suizid als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund. Hintergrund sind häufig schwer lösbare Belastungen und Konflikte zwischen den traditionellen Rollenerwartungen und moderneren Lebensformen in Deutschland. Sowohl die Jugendhilfe als auch die Politik muss Konfliktlösungen entwickeln.



Ich begrüße ebenfalls sehr, dass für junge türkische Frauen die Aufklärungskampagne: „Beende Dein Schweigen, nicht Dein Leben“ in deutscher und türkischer Sprache erfolgt. Das auf Berlin bezogene Forschungsprojekt bietet nicht nur Aufklärung sondern auch eine Hotline an. Mit der Hotline wird ein Kontakt angeboten. Fachkräfte fungieren als LotsInnen zu weiteren Versorgungsangeboten „vor Ort“.

Ich sehe folgenden Änderungsbedarf im psychosozialen Sektor:

- Notwendig ist eine "interkulturelle Öffnung" von (psycho-)sozialen und gesundheitlichen Versorgungseinrichtungen.
- Mehr MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund sollen in gesundheitlichen Versorgungseinrichtungen arbeiten und helfen, die Behandlungen zu verbessern.
- Es muss der Gefahr vorgebeugt werden, dass Menschen, die die deutsche Sprache nicht ausreichend sprechen, keine adäquate gesundheitliche, psychosoziale Versorgung erhalten.
- Es gibt zu wenige qualifizierte DolmetscherInnendienste.
- Nachdrücklich möchte ich erneut darauf hinweisen, dass die Versorgungssituation von Flüchtlingen auch im psychosozialen Bereich unzureichend ist. Diese leiden häufig zusätzlich noch unter traumatischen Erlebnissen.

Was kann die SPD (vgl. Frage 4) tun:

- Klare Kante zeigen bei jeder Form von Diskriminierung und Rassismus.
- Im Rahmen öffentlicher kommunaler Daseinsvorsorge niedrigschwellige Zugangsmöglichkeiten zum Gesundheitswesen ermöglichen.
- Projekte fördern und ausbauen, die zur Gesundheitserziehung beitragen.

Durch meine Besuche und Sommerfrühstücke „vor Ort“ habe ich die Kooperation mit Selbsthilfegruppen, interkulturellen Gesundheitsprojekten und -organisationen gesucht und ausgebaut. Durch diese Zusammenarbeit erfahre ich viel. Es wird auch dem lebensweltorientiertem „bürgerschaftlichen Engagement“ der Migrantinnen und Migranten gerecht. Wichtig ist mir, dass die Kooperationen „auf Augenhöhe“ stattfinden, dass eigene Handlungskompetenzen und somit auch gesundheitliche „Integrations“ressourcen zum Tragen kommen.

14. Migrantinnen und Migranten sind im Vergleich zu deutschen Patientinnen und Patienten in ihrem Alltag aufgrund deutlich schwierigerer Lebensbedingungen offensichtlich stärkeren psychosozialen Belastungen ausgesetzt. Welche Rolle spielen dabei hohe Zugangsbarrieren oder eine wie auch immer begründbare Somatisierungstendenz, die als medizinisches Problem mehr und mehr an die Rettungsstellen herangetragen wird? (Hintergrund: Überdurchschnittlich viele



MigrantInnen wenden sich an die Rettungsstelle.) Wie können diese Barrieren abgebaut werden?

Es wurde bereits beschrieben, dass MigrantInnen, insbesondere die Älteren, ein erschwertes Kommunikationsverhältnis zum behandelnden Arzt, zur Ärztin haben. Damit ist das für jede erfolgreiche Behandlung so notwendig gebotene „Arzt-Patienten-Vertrauensverhältnis“ nicht in ausreichendem Maße geboten. Dieses gilt sowohl für somatische (körperliche) als auch für psychische (seelische) Probleme. Während PatientInnen mit Migrationshintergrund - neben der Sprache - vermuten, dass das Einfühlungsvermögen fehlt, beklagen gerade die Niedergelassenen eine „mangelnde Compliance“, beklagen mangelnde „Therapietreue“ bzw. ein unzureichendes kooperatives Verhalten im Rahmen der Behandlung. Von ÄrztInnen wird darauf hingewiesen, dass das Wissen über den eigenen Körper, über Gesundheitsstörungen und ihre Symptome besonders bei den Migrantinnen der ersten Generationen gering ist.

Das überproportionale Aufsuchen der Rettungsstellen bzw. Notfallambulanzen hängt ebenfalls mit unzureichenden Kenntnissen über die Strukturen des deutschen Gesundheitswesens zusammen. Verstärkt erfolgen die Besuche am Wochenende oder in den späten Abendstunden. Vermutlich sind hierfür familiäre oder soziale Gegebenheiten ausschlaggebend. Befragungen haben ergeben, dass häufig auch keine eigenen Behandlungsmaßnahmen (Wärmeanwendungen bei Schmerzen, Einnahme von fiebersenkenden Mitteln) versucht wurden, sondern unmittelbar die Rettungsstelle eines Krankenhauses aufgesucht wurde. Diese sind von ihrer Funktion aber nicht in erster Linie dafür da – in Deutschland übernimmt der ambulante Sektor die kontinuierliche „alltägliche“ Betreuung – sondern sind Bestandteil der Akutmedizin, Beinbruch, Unfälle, etc. Rettungsstellen sind dafür – unabhängig von einer interkulturellen Aufgabe – auch gar nicht ausgerüstet.

Auch hier muss erneut von beiden Enden angefangen werden:

Zum einen muss auch in Rettungsstellen ein interkulturelles Wissen sowie mehrsprachiges Fachpersonal vorhanden sein. Nur so kann einerseits eine adäquate Versorgung erfolgen, zum anderen aber auch eine Beratung über die Zuständigkeiten im Gesundheitswesen Deutschlands (selbst wenn diese Aufklärung nicht Aufgabe der Rettungsstellen ist).

Damit der Zugang zur gesundheitlichen Versorgung ebenso chancenreich ist wie in der übrigen Bevölkerung, muss das Wissen gestärkt und eine Gesundheitsbildung vorangetrieben werden. Akteure in diesem Feld sollten verstärkt Migrantenselbstorganisationen sein.

Mein Abschlussfazit:

Der Aspekt der sozialen und kulturellen Ungleichheit in allen Gesundheitsbereichen muss deutlich stärker als bisher berücksichtigt werden. Die Gesundheitsforschung und die Gesundheitsberichterstattung muss Migrantinnen und Migranten systematisch und repräsentativ in ihre Studien und Berichte aufnehmen. Wir brauchen repräsentative Daten.



Migrationsbezogene Aspekte (z.B. Muttersprache, Deutschkenntnisse, Geburtsort) sind ebenso wie Fragen zum Geschlecht, Alter und der sozialen Lage zu erheben und zu berücksichtigen.

In Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte aus dem Gesundheits- und Sozialwesen dürfen migrationsbezogene Herausforderungen nicht länger vernachlässigt werden, sondern müssen feste Bestandteile der jeweiligen Curricula sein. Angesichts der dynamischen Zunahme von älteren MigrantInnen sind Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, die Gesundheits- und Sozialversorgung und die Forschungspraxis gefordert, diese Vielfalt in der Vielfalt genauer zu analysieren, MigrantInnen in allen Lebenslagen gehören in den Mittelpunkt von Versorgungsforschung.

Nur zusammen mit MigrantInnenselbstorganisationen kann angemessen auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen eingegangen werden. Nur zusammen mit ihnen können ungleiche Gesundheitschancen abgebaut werden.

Das Feld der gesundheitlichen Vorsorge, Prävention, Therapie, Rehabilitation und auch der Hospize ist breit. Überall sind Aufgaben anzupacken. Machen wir es gemeinsam!



Dr. Thomas Schneider, M.A., M.E.S.
Ziethener Str. 224
15831 Mahlow
Tel.: 03379 - 368890
Mobil: 0173 - 5816601
Email: thomasschneider12@gmx.de
Internet: www.dr-thomas-schneider.eu

1. Was heißt für Dich Integration in einer Zuwanderungsgesellschaft?

Meine Freundin ist aus Paraguay und ich kenne diese Situation des ersten Zurechtfindens in einem neuen Land aus ihren Beschreibungen. Natürlich ist es am wichtigsten das man am Anfang die Sprache lernt. Dann muss man versuchen sich Informationen über unsere Verwaltungslandschaft und unser Rechtssystem zu besorgen. Das ist oft nicht einfach. Dabei braucht man in Zukunft mehr Stellen die helfen.

2. Integration und Vielfalt ist ein Themenfeld, das nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch innerhalb der SPD von Teilen der Mitgliedschaft als Randthema oder mit der Problembille betrachtet wird. Welche Ideen hast Du, um den Stellenwert des Themenfeldes Integration und Vielfalt innerhalb der SPD aufzuwerten und seine hohe Relevanz, über bloße Wohlfühlrhetorik hinaus, der Mitgliedschaft progressiv zu verdeutlichen und so auch die Skeptiker ins Boot zu holen?

Ohne junge Zuwanderer wird es unsere Industriegesellschaft mit enormem Wohlstand in 10 Jahren nicht mehr geben. Wir sind auf die Zuwanderung angewiesen und sollten alles unternehmen um diesen Personen ein gutes Umfeld zu bieten.

3. Was sind aus Deiner Sicht die zentralen Herausforderungen für die Einwanderungsgesellschaft in Berlin und Deutschland?

Die zentralen Herausforderungen sind immer die Akzeptanz der deutschen Bürger zu gewinnen und ein Miteinander der Kulturen zu ermöglichen. Wir können alle viel voneinander lernen wenn man nur will.

4. Wie möchtest Du migrantische Wählerschichten in Tempelhof-Schöneberg erreichen und für die SPD mobilisieren?

Ich möchte mit Ihnen in den Dialog treten um zu schauen was man für Sie verbessern kann.

5. Was sind für Dich drei Projekte im Feld Integrations-/Migrationspolitik, die eine SPD-geführte Bundesregierung nach einer Machtübernahme zügig umsetzen müsste?

1. keine Diskriminierung von Zuwanderern
2. mehr Anlaufstellen zur Beratung
3. Austauschmöglichkeiten für kulturelle Erfahrungen schaffen



6. Welche integrationspolitischen Inhalte siehst Du für den Fall, dass die SPD in einer nichtprogressiven Koalition regieren muss, als unverhandelbar an?

Dieses Thema muss jede zukünftige Koalition angehen. Auch in der CDU sieht man immer mehr Bewusstsein für dieses Thema. Ich denke außer der finanziellen Verbesserung für die Zuwanderer, sind wegen der Finanzkrise alle Themen mit der CDU verhandelbar.

7. Welche Maßnahmen wären in Deinen Augen geeignet, die Chancengleichheit im Bildungsbereich für Menschen mit Migrationsgeschichte zu erhöhen?

Sie brauchen genau wie meine Freundin mehr Eingliederungskurse die Ihnen ermöglichen alles in der Schule zu verstehen.

8. Welche Ideen hast Du zum Ausbau der Arbeitsmarktförderung für Zuwanderer und ihre Familien und zur Nutzbarmachung ihrer mitgebrachten Qualifikationen?

Genau wie für Deutsche muss die Bundesagentur für Arbeit wieder die alleinige Kompetenz für die Arbeitsplatzvermittlung bekommen. Alle offenen Stellen müssen bei ihr in Zukunft gemeldet werden. Dann hat man endlich wieder einen Überblick. Dann würde auch die Vermittlung der Zuwanderer leichter werden. Natürlich muss in das IT-System der Bundesagentur auch jede Kompetenz der Arbeitssuchenden eingetragen werden.

9. Wie stehst Du zur doppelten Staatsbürgerschaft/Optionsregelung?

Ich bin für die doppelte Staatsbürgerschaft.

10. Welche Reformen siehst Du in der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik als dringend geboten an?

Wir brauchen in dieser Politik eine rechtliche Gleichstellung mit den Rechten der Deutschen. In dieser Frage muss Deutschland eine europäische Flüchtlingspolitik fördern.

11. Was kann Deutschland von anderen Ländern in der Einwanderungspolitik lernen?

Sicher hat kein Land die perfekte Einwanderungspolitik. Aber in den USA scheint ein friedliches Miteinander der Kulturen möglich zu sein. Das kann man sicher von dort lernen.

12. Das Gesundheitswesen steht vor der Herausforderung, sich auf eine alternde Bevölkerung mit Migrationsgeschichte einzustellen. Wie muss sich das deutsche Pflege- und Gesundheitssystem auf soziokulturelle und migrationsspezifische Einflussfaktoren (Aufenthaltsstatus, Grad der Sprachkompetenz, Herkunftsregion und Religion) und kulturbedingte Faktoren (differierende Krankheitskonzepte, andere Erwartungen an hiesige BehandlerInnen) einstellen?

Das deutsche Gesundheits- und Pflegesystem muss in Zukunft flexibler werden. Es muss lernen auch mit kulturellen Unterschieden umzugehen.



13. Welche Hilfs- und Unterstützungsangebote ergeben sich dabei in besonderem Maße bei der interkulturellen Öffnung bzw. im Diversity Management und der sozialen Öffnung für sozial schwache Milieus im psychosozialen Bereich?

Diese Angebote müssen ausgebaut werden.

14. Migrantinnen und Migranten sind im Vergleich zu deutschen Patientinnen und Patienten in ihrem Alltag aufgrund deutlich schwierigerer Lebensbedingungen offensichtlich stärkeren psychosozialen Belastungen ausgesetzt. Welche Rolle spielen dabei hohe Zugangsbarrieren oder eine wie auch immer begründbare Somatisierungstendenz, die als medizinisches Problem mehr und mehr an die Rettungsstellen herangetragen wird? (Hintergrund: Überdurchschnittlich viele MigrantInnen wenden sich an die Rettungsstelle stationärer Einrichtungen.) Wie können diese Barrieren abgebaut werden?

Über gleichen Zugang zu Wohnungen, Arbeit, Kultur und Familie müssen diese Erkrankungen der Migranten abgebaut werden.



Thomas J. Wilke
Mobil: 0152 - 36426925
Email: wilke_th@yahoo.de
Internet: www.th-j-wilke.com

1. Was heißt für Dich Integration in einer Zuwanderungsgesellschaft?

Integration bedeutet für mich, den Zugewanderten die Möglichkeit zu geben, in der Gesellschaft in allen Beziehungen Anschluß zu finden, wobei auch von dem Migranten eine aktive Teilnahme gefordert werden muß, um dieses Ziel zu erreichen, z.B. Erlernen der deutschen Sprache und ein gewisses Grundverständnis der deutschen Kultur und unseres Rechtssystems.

2. Integration und Vielfalt ist ein Themenfeld, das nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch innerhalb der SPD von Teilen der Mitgliedschaft als Randthema oder mit der Problembrylle betrachtet wird. Welche Ideen hast Du, um den Stellenwert des Themenfeldes Integration und Vielfalt innerhalb der SPD aufzuwerten und seine hohe Relevanz, über bloße Wohlfühlrhetorik hinaus, der Mitgliedschaft progressiv zu verdeutlichen und so auch die Skeptiker ins Boot zu holen?

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Exportland und daher können Zuwanderer den deutschen Firmen helfen, in ihrem Herkunftsland Filialen zu eröffnen und deutsche Produkte zu vertreiben. Davon profitieren sowohl die Zuwanderer als auch deutsche Firmen. Diese Win-Win-Situation wird bisher zuwenig von unserer Gesellschaft beachtet. Außerdem können die Zuwanderer helfen, demokratische und rechtsstaatliche Bestrebungen in ihren Herkunftsländern zu unterstützen, sofern in ihren Herkunftsländern noch keine demokratischen Wahlen stattgefunden haben, damit in möglichst vielen Staaten rechtsstaatliche Verhältnisse entstehen und weniger Menschen gezwungen sind, aus politischen Gründen ihr Land zu verlassen. SPD-Mitglieder mit Migrationshintergrund können motiviert werden, sich aktiv in die Politik einzubringen. Dilek Kolat ist dafür ein Beispiel.

3. Was sind aus Deiner Sicht die zentralen Herausforderungen für die Einwanderungsgesellschaft in Berlin und Deutschland?

Eine der zentralen Herausforderungen ist es, eine „Ghettoisierung“ (der Anteil der Ausländer in Kreuzberg soll vor 20 Jahren 30% betragen haben) zu vermeiden und zu einer höheren Akzeptanz für Zuwanderer beizutragen, also die kulturellen Unterschiede als eine Bereicherung anzusehen. Voraussetzung ist aber, dass auch die Zuwanderer bereit sind, aktiv – z.B. durch Erlernen der deutschen Sprache, die nach jahrelangem Aufenthalt nicht alle beherrschen – an der Integration mitzuwirken.

4. Wie möchtest Du migrantische Wählerschichten in Tempelhof-Schöneberg erreichen und für die SPD mobilisieren?

Die migrantischen Wählerschichten müssten auf Ihre Bedürfnisse hin analysiert werden, um diese besser zu erkennen. Insbesondere sollte über die Kinder der Kontakt zu Eltern gesucht werden. Für Jugendliche sollten verstärkt Freizeitkurse angeboten werden zusammen mit einheimischen Jugendlichen, um das "Wir" oder Zusammengehörigkeits-



gefühl zu stärken. Förderunterricht kann dazu dienen, Lücken in den schulischen Anforderungen zu schließen. Migrantische Wählerschichten werden die SPD wählen, wenn sie im Vergleich zu anderen Parteien die meisten Vorteile erkennen. Die SPD als größte Volkspartei bietet bundesweit das größte politische Netzwerk und hat nie Personen wegen ihrer Herkunft benachteiligt.

Wie meiner Homepage zu entnehmen ist, möchte ich die Mitglieder in unserem Kreis an dem Gesetzgebungsprozess teilhaben lassen, indem ich zu den Gesetzesvorlagen auf einer Homepage Mitgliederbefragungen durchführe und mich in meinem Entscheidungsverhalten nach den Mitgliederbefragungen orientiere. Deshalb habe ich jetzt schon Umfragen auf meiner Homepage eingebaut (www.th-j-wilke.com).

Eine aktive Mitarbeit durch die AG Migration ist erwünscht, um Bedürfnisse der Zuwanderer zu erkennen und gemeinsam Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

5. Was sind für Dich drei Projekte im Feld Integrations-/Migrationspolitik, die eine SPD-geführte Bundesregierung nach einer Machtübernahme zügig umsetzen müsste?

Die Verbesserung der Sprachkenntnisse von Zuwanderern, die Verbesserung der Situation von Asylsuchenden, also eine großzügigere Handhabung des Asylrechts und keine Reisebeschränkung innerhalb des Bundesgebietes, solange diese nicht für Straftaten ausgenutzt werden.

6. Welche integrationspolitischen Inhalte siehst Du für den Fall, dass die SPD in einer nichtprogressiven Koalition regieren muss, als unverhandelbar an?

Statt Sachleistung mehr Geldleistung. Außerdem muß das Sprachkursangebot verbessert werden, um die Integration zu fördern Kindern muß auf jeden Fall die Möglichkeit gegeben werden eine Schule zu besuchen. Es muß aber auch über Reaktionen nachgedacht werden, wenn Zuwanderer keine Bereitschaft zur aktiven Teilnahme zeigen.

7. Welche Maßnahmen wären in Deinen Augen geeignet, die Chancengleichheit im Bildungsbereich für Menschen mit Migrationsgeschichte zu erhöhen?

Ausbau der vorschulischen und schulischen Möglichkeiten z.B. durch Förderkurse. Zur Aufarbeitung von Bildungsdefiziten, auch finanzielle Förderung.

8. Welche Ideen hast Du zum Ausbau der Arbeitsmarktförderung für Zuwanderer und ihre Familien und zur Nutzbarmachung ihrer mitgebrachten Qualifikationen?

Die Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse muß verbessert werden und Möglichkeiten geprüft werden, inwieweit die Qualifikationen dabei helfen, einheimischen Firmen bei dem Vertrieb ihrer Produkte in dem Herkunftsland oder anderen Ländern zu helfen. Förderung der Zusammenarbeit.

9. Wie stehst Du zur doppelten Staatsbürgerschaft/Optionsregelung?

Ich sehe unter den heutigen Verhältnissen keinen Grund, warum nicht jeder so viele Staatsbürgerschaften haben soll wie er/sie will.



10. Welche Reformen siehst Du in der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik als dringend geboten an?

Flüchtlingskinder bekommen ein Recht zum Schulbesuch unabhängig vom Status.



Frank Zimmermann MdA

Tel.: 030 - 2110272

Mobil: 0170 - 5490034

Email: frank-zimmermann@spd.parlamentberlin.de

Internet: www.frank-zimmermann.net

1. Was heißt für Dich Integration in einer Zuwanderungsgesellschaft?

Integration ist Gleichberechtigung. Alle müssen ohne Diskriminierung am gesamten gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Integration verlangt darüber hinaus eine aktive Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund, damit sie Nachteile ausgleichen und Barrieren überwinden können. Integration verlangt schließlich den gegenseitigen Respekt vor der Kultur und dem Lebensentwurf der/des jeweils anderen – mehr als nur Toleranz.

2. Integration und Vielfalt ist ein Themenfeld, das nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch innerhalb der SPD von Teilen der Mitgliedschaft als Randthema oder mit der Problembille betrachtet wird. Welche Ideen hast Du, um den Stellenwert des Themenfeldes Integration und Vielfalt innerhalb der SPD aufzuwerten und seine hohe Relevanz, über bloße Wohlfühlrhetorik hinaus, der Mitgliedschaft progressiv zu verdeutlichen und so auch die Skeptiker ins Boot zu holen?

Ressentiments gegen andere Kulturen, andere Religionen und andere Lebensweisen reichen weit in unsere Partei hinein. Andererseits gibt es eine starke internationalistische und humanistische Tradition in der SPD. Wir müssen aufklären und Konsens herstellen über:

- Integration als Querschnittsaufgabe statt Randgruppenthema
- Kulturelle Vielfalt als Bereicherung statt Bedrohung
- Zuwanderung als Vorteil für Wirtschaft und Sozialsysteme statt als Belastung.

3. Was sind aus Deiner Sicht die zentralen Herausforderungen für die Einwanderungsgesellschaft in Berlin und Deutschland?

Wir brauchen einen weiten Integrationsbegriff. Es geht nicht in erster Linie um Ethnien, sondern um soziale Integration in einer gespaltenen Gesellschaft und um Verteilungsgerechtigkeit. Wir brauchen Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte ebenso wie von Menschen ohne eine solche – durch Bildung und Qualifizierung. Damit sich die Erkenntnis durchsetzt, daß es nicht von der Hautfarbe oder der Herkunft der Eltern abhängt, ob jemand Deutsche/r ist. Eine zentrale Herausforderung für die Einwanderungsgesellschaft in Deutschland ist leider immer noch die Bekämpfung des Rassismus.

4. Wie möchtest Du migrantische Wählerschichten in Tempelhof-Schöneberg erreichen und für die SPD mobilisieren?

Hausbesuche. Hausbesuche. Hausbesuche.

Darüber hinaus möchte mit der AG Migration die Arbeit in Bündnissen und Netzwerken sowie die möglichen Kommunikationsplattformen beraten.



5. Was sind für Dich drei Projekte im Feld Integrations-/Migrationspolitik, die eine SPD-geführte Bundesregierung nach einer Machtübernahme zügig umsetzen müsste?

Doppelte Staatsangehörigkeit. Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger/innen. Bleibe-rechtsregelung für Geduldete und andere mit unsicherem Aufenthaltsstatus.

6. Welche integrationspolitischen Inhalte siehst Du für den Fall, dass die SPD in einer nichtprogressiven Koalition regieren muss, als unverhandelbar an?

Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Kitaplatz und entsprechender Ausbau der Kinderbetreueung.

7. Welche Maßnahmen wären in Deinen Augen geeignet, die Chancengleichheit im Bildungsbereich für Menschen mit Migrationsgeschichte zu erhöhen?

Ausbau der Krippen-, Kita- und Hortbetreuung.

Qualifizierung des Personals. Gezielte Sprachförderung, auch Zweisprachigkeit, denn die Herkunftssprache ist ebenso wichtig.

8. Welche Ideen hast Du zum Ausbau der Arbeitsmarktförderung für Zuwanderer und ihre Familien und zur Nutzbarmachung ihrer mitgebrachten Qualifikationen?

Umsetzung der EU-Grundsätze für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und Qualifikationen. Im Öffentlichen Dienst deutliche Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationsgeschichte (besonders wichtig bei Erzieher/innen, Lehrer/innen, Polizei und Feuerwehr) in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung durch Veränderung der Qualifikationsmerkmale (überwiegend Sache der Länder, aber auch bei Bundesbehörden notwendig). Interkulturelle Kompetenz muss als Einstellungskriterium berücksichtigt werden. Die Mitarbeiter/innen der Arbeitsagentur müssen eine bessere interkulturelle Qualifikation erhalten.

9. Wie stehst Du zur doppelten Staatsbürgerschaft/Optionsregelung?

Die doppelte Staatsangehörigkeit muss als gesetzlich zulässiger Status in das Staatsangehörigkeitsrecht aufgenommen werden. In dem hoffentlich vermeidbaren Fall der Großen Koalition muss mindesten die Optionspflicht gestrichen werden.

10. Welche Reformen siehst Du in der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik als dringend geboten an?

Das Asylbewerberleistungsgesetz muss ersatzlos gestrichen werden, damit die Leistungen auf menschenwürdiges Niveau angehoben werden können (Sozialhilfe). Die Europäische Asylpolitik wird künftig entscheidend sein. Hier ist der Tendenz zur Abschottung entgegenzuwirken. Bei Flüchtlingen aus Krisenstaaten muss eine gesamteuropäische Lösung gefunden werden. So ist nach Angaben der EU die „große Mehrheit“ der Asylanträge aus Bosnien-Herzegowina, Albanien, Mazedonien, Serbien und Montenegro unbegründet, obwohl diese Staaten teilweise keine „sicheren Herkunftsstaaten“ sind. Hier müssen zwischen der EU und den betroffenen Staaten Vereinbarungen (Nachbarschaftspolitik) getroffen werden.



11. Was kann Deutschland von anderen Ländern in der Einwanderungspolitik lernen?

Die Einwanderungspolitik ist europaweit auf stärkere Öffnung auszurichten.

12. Das Gesundheitswesen steht vor der Herausforderung, sich auf eine alternde Bevölkerung mit Migrationsgeschichte einzustellen. Wie muss sich das deutsche Pflege- und Gesundheitssystem auf soziokulturelle und migrationsspezifische Einflussfaktoren (Aufenthaltsstatus, Grad der Sprachkompetenz, Herkunftsregion und Religion) und kulturbedingte Faktoren (differierende Krankheitskonzepte, andere Erwartungen an hiesige BehandlerInnen) einstellen?

13. Welche Hilfs- und Unterstützungsangebote ergeben sich dabei in besonderem Maße bei der interkulturellen Öffnung bzw. im Diversity Management und der sozialen Öffnung für sozial schwache Milieus im psychosozialen Bereich?

14. Migrantinnen und Migranten sind im Vergleich zu deutschen Patientinnen und Patienten in ihrem Alltag aufgrund deutlich schwierigerer Lebensbedingungen offensichtlich stärkeren psychosozialen Belastungen ausgesetzt. Welche Rolle spielen dabei hohe Zugangsbarrieren oder eine wie auch immer begründbare Somatisierungstendenz, die als medizinisches Problem mehr und mehr an die Rettungsstellen herangetragen wird? (Hintergrund: Überdurchschnittlich viele MigrantInnen wenden sich an die Rettungsstelle stationärer Einrichtungen.) Wie können diese Barrieren abgebaut werden?

12.-14.

Im Gesundheitsbereich sind sicher Qualifikationen und Angebote nötig, um Migrantinnen und Migranten besser gerecht zu werden. Welche Maßnahmen hier sinnvoll oder erforderlich sind, würde ich gern in der Diskussion mit der AG Migration und Vielfalt erfahren.